

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

April 1979

Evangelische Verantwortung

Heft 4/1979

Eine Avantgarde der Union

Lieber Leser!

Auf seiner 23. Bundestagung vom 2. bis 4. März in Wuppertal hat sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU als ein erstaunlich kraftvoller und selbstbewußter Faktor der Union präsentiert. Wenn nicht alles trügt, sind die Jahre der Unsicherheit und des Sinndefizits nunmehr vorüber. Auch ein kritischer Beobachter dieser Tagung konnte den Eindruck gewinnen, daß es zur Zeit in der CDU/CSU keine offenere Gruppierung gibt als den EAK, keine auch, die über ein größeres Innovationspotential verfügt.

Ursprünglich war dieser evangelische Arbeitskreis nicht zuletzt deshalb gegründet worden, weil das katholische Element in den Unionsparteien etliche Jahre stärker dominierte, als es einer ersprießlichen Zusammenarbeit der Angehörigen beider christlicher Konfessionen dienlich sein konnte. Unter der umsichtigen Führung von Hermann Ehlers gewann er ein nicht zu unterschätzendes innerparteiliches Gewicht. Als die Union zu stärkerer Ausgewogenheit gefunden hatte, verlor der EAK mit seiner Hausmachtrolle zugleich viel von seinem anfänglichen Enthusiasmus. Das gab auch den Bundestagungen oftmals einen reichlich verschwommenen Umriß.

In Wuppertal hingegen trat er weniger als ein Instrument hausmachtpolitischer Provenienz, sondern als ein Forum der geistigen Auseinandersetzung und Klärung auf. Das kam schon in der Wahl der Referenten und der Mitarbeiter dieser Tagung zum Ausdruck. Gewiß, der EAK hatte auch schon früher Nichtmitglieder zu Referaten eingeladen. Aber diesmal waren es auffallend viele potente Beiträger dieser Art, wie der hannoversche Landesbischof Eduard Lohse, der am Eröffnungsabend neben dem Stuttgarter Ministerpräsidenten Lothar Späth „Über die Freiheit eines Christenmenschen“ sprach und keinen Zweifel daran ließ, daß man es bei diesem Thema nicht bloß mit tradierten wohlklingenden Worten, sondern mit unaufgebbaren Dienstverpflichtungen aus dem christlichen Gewissen zu tun habe. „Ein Christ, der um die Freiheit des Glaubens weiß und sich

um den Dienst der Liebe müht, wird auch die Fähigkeit entwickeln, sich darüber zu freuen, wenn andere Gutes für den Nächsten tun – und seien es die politischen Gegner. Er wird einer plumpen Polemik, die sich leider immer wieder auszubreiten droht, entschieden absagen, den politischen Gegner achten und auf seine Argumente aufmerksam zu hören wissen“, sagte Lohse.

Ebenso eindeutig und unbeirrt sprach am zweiten Tage der Hamburger Theologieprofessor Christian Walter zu dem Generalthema der Bundestagung „Protestanten in der Union zu den Herausforderungen der Zeit“. Er machte deutlich, daß die Herausforderungen der Zeit nur mit dem „Mut zur Unzeitgemäßheit“ recht begriffen würden. Er erläuterte dies in einer (freilich höflichen) Art Kapuzinerpredigt an die Adresse der CDU/CSU, in der er betonte, daß Politik und Theologie einander einen notwendigen Dienst zu tun hätten. Er bestehe vor allem darin, die Grenzen des jeweils Anderen zu respektieren und zu garantieren.

Aber auch der Vorsitzende des EAK selbst, der Stuttgarter Kultusminister Prof. Roman Herzog, berief sich nicht nur im Sinne einer Huldigung an den genius loci auf die Barmer Bekenntnissynode von 1934, sondern ließ keinen Zweifel daran, daß die Barmer Erklärung nicht von der CDU/CSU in Anspruch genommen werden könne, aber daß sich die Partei von ihr in Anspruch nehmen lassen müsse. Aus seinem Referat ging hervor, daß mit den Herausforderungen der Zeit nicht in erster Linie die äußeren Herausforderungen gemeint waren, sondern die geistigen Herausforderungen, die hinter den Äußerlichkeiten oft übersehen würden. Die geistig-politische Standortbestimmung, die Herzog gab, appellierte an die besten Bürgertugenden ebenso wie an die Fähigkeit zur Toleranz und die Bereitschaft zum Kompromiß.

Von den vier Arbeitsgruppen, die am zweiten Tage zusammentraten, verdient besonders die Arbeitsgruppe 4 über den Religionsunterricht hervorgehoben zu werden; hier hielt ein Mitglied des Rates der EKD,

Grete Schneider, eine ebenso souveräne wie sachkundige Einführung, in der auf die alarmierende Situation des Religionsunterrichts an unseren Schulen eindringlich hingewiesen wurde. „Viele Schüler kennen die Bibel nicht“, sagte Frau Schneider. Im Religionsunterricht würden die gleichen Einheits-themen wie in der Gesellschaftslehre behandelt, welche die Schüler längst anödeten, nämlich: Umweltverschmutzung, Überbevölkerung der Erde, versiegende Rohstoffquellen, soziale Ungerechtigkeiten westlicher Gesellschaftssysteme. Der Unterricht laufe sich in unergiebigem Diskussionen tot, geistig aufge-weckte Schüler schalteten ab, weil sie sich nicht ge-nügend gefordert fühlten. Im Bericht des Arbeits-kreises wurde betont, der Religionsunterricht an den Schulen sei in weiten Bereichen entscheidend für die kommende Generation und für die Zukunft unseres Landes.

Auch die Einführung zur Arbeitsgruppe 1, „Europa“, wurde von einem maßgeblichen Vertreter der Kirche gegeben, nämlich vom Bevollmächtigten des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung, Prälat Hans-Georg Binder, der dazu aufrief, vermeiden zu helfen, daß Westeuropa von den Deutschen als das eigent-liche Europa empfunden werde. Er wies zugleich darauf hin, daß das Europa der Zukunft unvermeid-licher Weise plural sein werde.

Noch vor nicht allzulanger Zeit war die Befürchtung laut geworden, der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU könne künftig seine Aufgabe darin sehen, die Evangelische Kirche bei jeder Gelegenheit zur Ordnung zu rufen, und zwar zu einer von ihm artiku-lierten Ordnung. Die Bundestagung in Wuppertal hat dieser Sorge keine Nahrung gegeben. Sie zeigte im Gegenteil, daß der EAK bereit ist, aufmerksam auf das zu hören, was evangelische Kirchenvertreter zu seiner Thematik zu sagen haben.

Das wurde auch in dem außerordentlich abgewoge-nen Referat des sehr umjubelten Bundestagspräsi-denten Karl Carstens deutlich, der unmittelbar vor seiner Nominierung für das Amt des Bundespräsi-denten durch die CDU/CSU eine staatsmännische Rede hielt. Als er sich zum Gebot der Nächstenliebe im Sinne des Evangeliums bekannte, wurde er von der Galerie durch Zwischenrufe unterbrochen.

Mit großem Ernst und ohne polemische Schärfe brachte Carstens die Zwischenrufer mit der Bemerkung zum Verstummen: „Das Gebot der Nächsten-liebe, dem wir uns verpflichtet wissen, schließt auch Sie ein!“ So ist auf einer politischen Tagung lange nicht gesprochen worden.

In der Bundesrepublik Deutschland ist viel von der Parteiverdrossenheit der Bürger die Rede, und in der Tat wird man nicht daran vorbeisehen können, daß die politischen Parteien durch die Bank vieles von dem großen Ansehen verloren haben, das ihnen durch ihre politische Aufbauarbeit nach dem Kriege zugewachsen war. Einer der Gründe, die zur Distan-zierung vieler Bürger geführt haben, liegt zweifellos in einer gewissen Verkrustung, der sich alle Parteien ausgesetzt sehen. Das Bild vom rauchigen Hinter-zimmer, in dem die Parteipolitik häufig gemacht wird, ist zwar schon ein bißchen abgenutzt – aber falsch ist es nicht.

Die Bundestagung des EAK in Wuppertal brachte demgegenüber einen frischen Luftzug. Sie zeigte so nebenbei, daß nicht immer Personalentscheidungen oder gar Personalquerelen im Mittelpunkt einer Ta-gung stehen müssen, um öffentliches Interesse her-vorzurufen. Besonders aber hat die große Offenheit des Evangelischen Arbeitskreises dazu geführt, daß sich auch Nichtmitglieder der CDU/CSU durch die Verhandlungen der Bundestagung angesprochen fühlten.

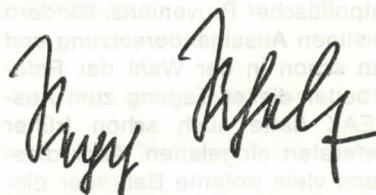
Hier könnte ein Ansatz liegen, den Verkrustungen entgegenzuwirken. Wenn die Unionsparteien inno-vationsfähig genug wären, die Methode des Evange-lischen Arbeitskreises als ein Modell für die künftige Parteiarbeit zu betrachten, das heißt wenn sie ins-gesamt auch jene Bürger, die nicht ihr Mitgliedsbuch in der Tasche haben, an den geistigen Auseinander-setzungen über die Formulierung ihrer Politik betei-ligten, dann wären sie den anderen Parteien um eine Nasenlänge voraus und würden gerade in jenen Kreisen der Bürgerschaft Anklang finden, die bisher aller Parteipolitik abhold waren.

Natürlich birgt ein solcher Versuch auch Risiken in sich. Es wird nicht mehr alles so leicht program-mierbar wie zuvor. Doch gerade dies könnte ein Ele-ment der unerläßlichen Erneuerung werden. Die Union hat in den letzten Jahren vielerlei erwogen, um wieder an die Regierung zu gelangen. Betrachtet man die Wuppertaler Bundestagung des EAK als ein Experiment zur Verbreiterung der Basis, dann könnte hier in der Tat ein bisher noch nicht begangener Weg gewiesen sein.

Lothar Späth hatte an den Schluß seiner Rede am Eröffnungsabend der Bundestagung ein Zitat aus einer Rede seines verstorbenen Freundes Traugott Bender gestellt, das mit den Worten begann: „Christ-liche Politik bedeutet Gestaltung der Welt von einem Standpunkt aus, von einer Ausgangsposition, die zwar Maßstäbe und Grenzen setzt, aber dann eine sehr große Freiheit der Gestaltung und der Möglich-keiten läßt...“. Von dieser Freiheit ist in Wuppertal etwas spürbar geworden. Wenn der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU auf diesem Wege fort-schreitet, dann hat er die Chance, zur Avantgarde der Unionsparteien zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



In Zukunft werden in dem jeweiligen Leitartikel der Evangelischen Verantwortung in wechselnder Folge auch engagierte Publizisten und Theologen mit Beiträgen zu Wort kommen.

In dieser Ausgabe schreibt Sepp Schelz, (Mittelweg 111, 3000 Ham-burg 13) der Geschäftsführer und Verlagsdirektor der Wochenzeitung DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT ist und zu den be-kanntesten Repräsentanten der evangelischen Publizistik gehört.

Karl Carstens — 30 Jahre Dienst am demokratischen Staat

Professor Karl Carstens (64), seit dem 14. Dezember 1976 Präsident des Deutschen Bundestages und damit, protokollarisch gesehen, der zweite Mann im Staate, wurde am 5. März dieses Jahres von den Wahlmännern der Unionsparteien für das höchste Amt der Bundesrepublik Deutschland — für das Amt des Bundespräsidenten — vorgeschlagen. Einen Tag zuvor hatte Karl Carstens vor mehr als 1 000 Zuhörern auf der Schlußveranstaltung der 23. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Wuppertal zum Thema „Christen in der politischen Herausforderung“ gesprochen.

Diese Rede, die ein außerordentlich stark beachtetes Echo in der breiten Öffentlichkeit fand, kann kostenlos bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1, angefordert werden.

Zugleich wurde von verschiedenen Seiten uns gegenüber angeregt, die Leser der Evangelischen Verantwortung mit dem Lebensbild von Karl Carstens vertraut zu machen. Was ist das für ein Mann, der aller Voraussicht nach in der Bundesversammlung am 23. Mai in das Amt des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt wird?

Am 14. Dezember 1914 wurde Karl Carstens in Bremen geboren. Sein Vater, von Beruf Studienrat, war vor seiner Geburt als Soldat im Ersten Weltkrieg gefallen. So fiel seiner Mutter die schwierige Aufgabe zu, von einer schmalen Pension den einzigen Sohn großzuziehen und ihm eine gute Ausbildung zu vermitteln. Nach dem Abitur am humanistischen Alten Gymnasium in Bremen, einer traditionsreichen Schule liberaler Prägung, studierte Carstens Rechtswissenschaften und politische Wissenschaften in Deutschland und Frankreich. Von 1939 bis 1945 war er Soldat, zuletzt als Leutnant der Flakartillerie. Als Soldat erhielt er 1940 die Mitteilung, daß einem Aufnahmeantrag in die NSDAP, den er als Referendar unter dem Druck seines Landgerichtspräsidenten und unter Anordnung von beruflichen Nachteilen gestellt hatte, stattgegeben sei. Eine aktive Mitgliedschaft konnte dadurch, wie die Spruchkammer Bremen 1948 feststellte, nicht mehr entstehen. Die

Spruchkammern stellte fest, er habe unter Druck gehandelt und im Rahmen seiner Möglichkeiten Widerstand gegen die Gewaltherrschaft geleistet, und stufte ihn als entlastet ein.

Ins Zivilleben zurückgekehrt, trat Carstens in eine renommierte Bremer Anwaltskanzlei ein. 1948 verließ er die Praxis für ein Studienjahr an der Yale-Universität in den USA. Er hatte ein Stipendium bekommen und sollte internationale Erfahrungen in die Anwalts-Sozietät einbringen. In Amerika traf der Anwalt Carstens mit Angehörigen einer Gesellschaft zusammen, die sich in demokratischem Selbstverständnis für ihr Land einsetzen.

So kam es, daß Carstens, als er 1949 nach Deutschland zurückkehrte, das tat, was er nie hatte tun wollen: er wurde Beamter, zunächst des Landes Bremen. Bürgermeister Spitta von der Bremischen Demokratischen Volkspartei vermittelte die Einstellung. SPD-Bürgermeister Wilhelm Kaisen ernannte ihn zum Bevollmächtigten des Landes Bremen beim Bund. Bis 1954 war Carstens in den Diensten des Bremer Senats, damals eine Koalition von SPD und FDP.

Die geplante Rückkehr nach Bremen fand nicht statt. Statt dessen folgte er dem Ruf in den Bundesdienst. Carstens wurde erster Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg, dann Leiter der Europaabteilung und der politischen Abteilung, ab 1960 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. In dieser Eigenschaft nahm er an vielen wichtigen internationalen Verhandlungen teil und vertrat auf ihnen die Bundesrepublik Deutschland. Die Schwerpunkte der Arbeit waren einerseits die europäische Integration und andererseits die Wahrung der Stellung Berlins in der schweren Krise von 1958 bis 1962. 1966 ging Carstens mit Gerhard Schröder als Staatssekretär vom Auswärtigen Amt in das Verteidigungsministerium. Sein Wirken im diplomatischen Dienst würdigte der damalige Außenminister Willy Brandt am 12. Dezember 1966: „Dieses Ressort hatte Glück,

in Ihnen, sehr verehrter Herr Staatssekretär, eine Persönlichkeit für sich zu gewinnen, in der sich ein ungewöhnlicher Reichtum an Führungsqualitäten, an geistiger Unabhängigkeit und an wissenschaftlicher ebenso wie praktischer Begabung vereint.“

Ein Jahr später holte Kurt Georg Kiesinger Carstens zu sich. Er wurde Chef des Bundeskanzleramtes und Staatssekretär der Bundesregierung. Nach dem Regierungswechsel 1969 wurde er Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, zugleich nahm er seine wissenschaftliche Tätigkeit als ordentlicher Professor für Völkerrecht und Staatsrecht an der Universität zu Köln wieder auf.

Nach der Bundestagswahl 1972 zog Carstens als schleswig-holsteinischer Abgeordneter in das Parlament ein. Bereits nach seiner vielbeachteten Rede in der Debatte zum Grundvertrag zwischen beiden deutschen Staaten am 15. Februar 1973 hatten sich viele Abgeordnete gefragt, ob er nicht geeignet sei, die Führung zu übernehmen. Kurze Zeit später war es dann soweit. Rainer Barzel verzichtete — die Fraktion sprang über ihren Schat-

Aus dem Inhalt

Eine Avantgarde der Union	1
Karl Carstens — 30 Jahre Dienst am demokratischen Staat	3
Aus unserer Arbeit	4
Einladung zur EAK Regionaltagung Süd: „Evangelischer Auftrag für Europa“	5
Kurz notiert	7+12
Einladung zur EAK-Landestagung Hannover	7
Arbeitskreisergebnisse der EAK Bundestagung '79	8
Leserbrief	11
Einladung zur 2. Jahrestagung des EAK der Österreichischen Volkspartei	12

ten und wählte den Parlamentsneuling zum Fraktionsführer.

Allen Kassandrarufern zum Trotz gelang dieses Experiment. Carstens zeigte sich bald als ein politischer Kämpfer von Rang, der neben rethorischer Eleganz auch ein gehöriges Quentchen politischer Polemik in seine parlamentarischen Auftritte einbrachte und der auch bei schwierigen politischen Fragen die von CDU und CSU gebildete Fraktion zusammenhielt.

Nach der Bundestagswahl 1976, bei der die Union nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt hat, war die CDU/CSU wieder die stärkste Fraktion und hatte damit das Vor-

Aus unserer Arbeit

Evangelischer Arbeitskreis der CDU diskutiert Sektenwesen

Frankfurt: Eine lebhaft entwickelte sich auf der jüngsten Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Frankfurt nach einem Vortrag von Dr. Christopher Dannenmann, Göttingen, über das Phänomen der Jugendreligionen. Dannenmann hatte nachdrücklich darauf hingewiesen, wie die meisten der uns bekannten Jugendreligionen auf Veränderungen der Verhaltensweisen ihrer Mitglieder hinwirkten. Vielfach solle das selbständige Denken ausgeschaltet und durch eine außerordentlich starke „Meister-Schüler-Beziehung“ ersetzt werden. Die Jugendreligionen verbreiteten ein fanatisches Elitebewußtsein und versuchten den Anschein zu erwecken, allein im Besitz einer totalen Wahrheit zu sein. Auch wenn sich der eine oder andere von diesen Sekten wieder lösen könnte, so bliebe oft genug als Resultat eine tiefgehende Persönlichkeitsstörung zurück. Als ein hochbrisantes Gefahrenmoment bezeichnete der Redner die Möglichkeit des unvorhergesehenen Ausfalls des Sektenführers. In diesem Fall bliebe eine an eine „Führerpersönlichkeit“ gewöhnte und von einer solchen Autorität abhängige Gemeinschaft zurück, die sich so-

schlagsrecht für den Parlamentspräsidenten. Die Union sah in Karl Carstens, dem Politiker, dem welt-offenen Diplomaten und Gelehrten, den geeigneten Mann für dieses hohe Amt.

Ein Porträt des Politikers Carstens wäre unvollständig, würde man nicht, wenn auch nur ein wenig, seine privaten Interessen ausleuchten.

Karl Carstens war zwölf Jahre lang Mitglied der Diakonie der St. Petri-Domkirche in Bremen. Der evangelischen Kirche weiß er sich eng verbunden. Heute bleiben ihm bei seinem stets gedrängten Bonner Terminkalender, ebenso wie

fort und kritiklos einen neuen Führer suche, weil sie einfach einen solchen brauche. In einem solchen Augenblick wären Fehlhandlungen und anschließender Mißbrauch der Gemeinschaft nicht auszuschließen.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig in der Feststellung, daß einem weiteren Vordringen der Jugendreligionen nur durch verstärkte Hinwendung der Verantwortlichen zu den rat-, ziel- und wegsuchenden Jugendlichen begegnet werden könnte. In erster Linie wären hier Eltern und Lehrer angesprochen. Aber auch den Kirchen käme hier große Verantwortung zu. Wenn von den gewachsenen Einrichtungen unserer Gesellschaft die emotionalen Bedürfnisse einer heranwachsenden Generation nach Gemeinsamkeiten, Vorbildern, Zielsetzungen, Wertvorstellungen, Nächstenliebe u. ä. nicht erfüllt würden, entstünde ein Vakuum, in das sich die Sekten stürzten.

Vor der Vortragsveranstaltung wurde noch die Neuwahl des Vorstands des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Frankfurt durchgeführt. In ihren Ämtern bestätigt wurden Arnulf Borsche, MdL, als Vorsitzender und der Stadtverordnete Dr. Heinz Jürgen Hellwig als stellvertretender Vorsitzender. Zu weiteren stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt: Alexandra von Hannover, Dr. Christoph Führ und Helmut Flehr.

seiner Frau Veronica, einer in ihrem Wohnort Meckenheim als fachkundig bekannten und beliebten Ärztin, nur wenige Stunden der Muße. Er füllt sie aus mit Lesen, Wandern und Segeln. Er bevorzugt Bücher der Geschichte und der Literatur, deutsche, englische, französische Literatur und neuere Geschichte. Gedichte gehören dabei zur Lieblingslektüre. Außerdem hören die Eheleute gern Musik.

Mit Karl Carstens wird zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein evangelischer Christ aus den Reihen der Unionsparteien Bundespräsident werden.

Zum Auftrag der Diakonie

Oldenburg: Unter der Fragestellung „Ist Diakonie noch zeitgemäß?“ stand der erschütternde Bericht von Oberkirchenrat Goebel/Hannover über die heutige Situation konfessioneller Einrichtungen vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU Oldenburg.

OKR Goebel ging einerseits von der Verpflichtung der Diakonie mit Gottesdienst und Zeugnis aus, andererseits berichtete er über die konkreten Erfahrungen anhand von Beispielen im Annastift (u. a. Orthopädie, Fachkrankenhaus, Schulen, Werkstätten, Berufsbildungswerk und Pflegeheim). Die Diakonie brauche freien Spielraum, um „Signale“ gegen die unübersehbaren Umwertungstendenzen des Menschen nach Willkür und Nützlichkeit zu setzen. Gesellschaftliches Leistungsdenken, medizinischer Fortschrittsglaube und versicherungsmäßige Wirtschaftlichkeitsrechnung seien die gefährlichsten Bedrohungen. Dazu komme die völlig veränderte Grundhaltung zu Leben und Tod, die meist „soziale Bedürfnisse“ an die Stelle menschlicher Werte rücken wolle. Hier müsse die Diakonie zuerst zu zeitgemäßen Lösungen im eigenen Bereich kommen, die Kranken und Behinderten zu sinnvoll erfülltem Leben helfen.

„Evangelischer Auftrag für Europa“

Regionaltagung Süd des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

18. bis 19. Mai 1979, Heidelberg

Freitag, 18. Mai 1979

17.00 Uhr Generalversammlung des EAK-Landesverbandes Baden (Bürgersaal Emmertsgrund)

Teilnahmeberechtigt:
Evangelische CDU-Mitglieder und Freunde des Evangelischen Arbeitskreises aus Baden

Leitung:
Pfarrer Heinz Reutlinger, stellv. Vorsitzender des EAK-Baden

Geistliches Wort und Würdigung für Dr. Traugott Bender: Dekan Helmut Feil, Bretten

Tagesordnung:

- Bericht des Vorstandes mit Aussprache
- Beschlußfassung über eine Satzung des EAK-Baden
- Neuwahl des Vorstandes
- Planung der weiteren Arbeit
- Verschiedenes

20.00 Uhr **Eröffnungsabend** (Bürgersaal/Emmertsgrund)

Leitung:
Dr. Wanda von Baeyer-Katte, Heidelberg

Eröffnung durch den Landesvorsitzenden des EAK-Baden

Grußworte

Vortrag:

„Die Lage des Protestantismus in Europa“

Dr. André Appel DD, Pfarrer, Präsident der Evang.-Luth. Kirche im Elsaß, Vorsitzender der Konferenz **Europäischer Kirchen**, ehem. Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Straßburg
anschließend Empfang durch den **Oberbürgermeister** der Stadt Heidelberg, Reinhold Zundel, für alle Tagungsteilnehmer

Samstag, 19. Mai 1979

9.30 Uhr **Plenum** (Heidelberger Schloß)

Geistliches Wort:

Prof. Dr. Hans-Wolfgang Heidland, Landesbischof, Heidelberg

Hauptveranstaltung

„Evangelischer Auftrag für Europa“

Leitung:

Michael Feist, stellv. Vorsitzender des EAK-Baden, Freiburg/Wertheim

Grußworte:

Louis Jung, Abgeordneter aus Frankreich, Paris
Prof. Dr. Christoph Link, EAK der ÖVP, Salzburg
Hans Schoch, Zentralsekretär der EVP der Schweiz, Zürich

Lothar Späth, MdL, Ministerpräsident, Stuttgart

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, MdB, Mannheim

Vorträge:

Albert Roth, Kirchenrat, Beauftragter der Landeskirchen in Baden-Württemberg bei Landtag und Landesregierung, Stuttgart/Pforzheim;

Kai-Uwe von Hassel, MdB, Vorsitzender der EUCD, stellv. Bundesvorsitzender des EAK, Bonn

12.30 Uhr **Gemeinsames Mittagessen**



Ich bin an einer Teilnahme an der Regionaltagung Süd des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Heidelberg interessiert. Bitte senden Sie mir die entsprechenden Unterlagen zu.

Name:

Anschrift:

Bitte in Druckschrift ausfüllen und als Brief (mit 0,60 DM freimachen) senden an:

Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1.

14.00 Uhr **Arbeitskreise**

1 „Geistige Grundlagen für ein Europa in Freiheit“

Leitung:

Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski, Mannheim

Einführung:

Albrecht Martin, MdL, Landtagspräsident,
Mainz/Bad Kreuznach

Gesprächsteilnehmer:

Dr. Heinrich Böx, Botschafter a. D., Königswinter
Louis Jung, Mitglied des Senats der französischen
Republik und der parlamentarischen Versammlung
des Europarates, Paris
Prof. Dr. Christoph Link, Salzburg
Albert Roth, Kirchenrat, Stuttgart
Hans Schoch, Zentralsekretär der EVP, Zürich

2 „Grundlagen einer europäischen Bildungspolitik“

Leitung:

Dr. Dr. Rudolf Affemann, Arzt, Stuttgart

Einführung:

Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL, Heidelberg

Gesprächsteilnehmer:

Irene Schlempp, Rektorin, Freiburg
Gerd Schmall, Dekan, Heidelberg
Hans-Dietrich Schöfer, Vorsitzender des Bildungsausschusses der badischen Landessynode, Oberkirch
Prof. Dr. Erich Thies, Heidelberg
Klaus von Trotha, MdL, Konstanz

3 „Ein geeintes Europa – Die Bewährung für die Ökumene“

Leitung:

Prof. Arved Deringer, Rechtsanwalt, Stuttgart

Einführung:

Marc Lenders, Pfarrer, Leiter des Ökumenischen
Zentrums für Kirche und Gesellschaft, Brüssel

Gesprächsteilnehmer:

Dr. Philipp von Bismarck, MdB, Bonn
Övind Foss, Studentenfarrer, Heidelberg
Dr. Helga Gilbert, Vorsitzende des Ausschusses für
Mission und Ökumene der badischen Landessynode,
Karlsruhe
Dr. Viorel Mehediuti, Priester der Rumänisch-
Orthodoxen Kirche, Eppingen

4 „Soziale Gerechtigkeit in Europa – Auftrag für die junge Generation“

Leitung:

Ursula Starlinger, MdL, Böhl-Iggelheim

Einführung:

Kurt Härzschel, Staatssekretär, Stuttgart/Waldshut

Gesprächsteilnehmer:

Dr. Wanda von Baeyer-Katte, Heidelberg
Margit Lemmer, Rektorin, Freiburg
Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, Offenburg
Egon Slopianka, Europasekretär des
CVJM-Gesamtverbandes in Deutschland, Kassel
Hans-Jürgen Zahorka, Junge Union, Sindelfingen

16.00 Uhr **Öffentliche Schlußveranstaltung**

Leitung:

Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL, Heidelberg

„Unser Weg nach Europa“

Dr. Philipp von Bismarck, MdB, Bonn
Prof. Dr. Roman Herzog, Kultusminister,
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, Stuttgart

20.00 Uhr

Europaball der CDU-Heidelberg

(Einzelheiten dazu erfahren Sie über die
Kreisgeschäftsstelle der CDU, Poststraße 30,
6900 Heidelberg)

**Nehmen Sie teil an der Europa-Tagung '79
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Heidelberg**

18. bis 19. Mai 1979

Südafrika im Blickpunkt

Bonn: Die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland rief vom 17. bis 25. März 1979 bundesweit zu einer geplanten Aktionswoche „Kauft keine Früchte der Apartheid“ auf, um somit auf die ihrer Ansicht nach unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen für die schwarze Bevölkerung Südafrikas hinzuweisen.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) jedoch hat scharfe Kritik an dem Boykott erhoben und einen vom Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik des Kirchlichen Entwicklungsdienstes bewilligten Zuschuß von 60 000,- DM gesperrt.

Ob zum Boykott von Nahrungsmitteln oder zum Boykott von Investitionen im südlichen Afrika aufgerufen wird – man vergißt, die Meinung der vor Ort Betroffenen zu erkunden. So vertrat kürzlich der Ministerpräsident des südafrikanischen Autonom-Staates Kwazulu, Gatscha Buthelezi, anläßlich der Einweihung einer Gießerei in der Industriestadt Isithebe die Auffassung, daß er ohne ein Mandat von Südafrikas Schwarzen kein Recht habe, den Abzug ausländischer Investitionen aus Südafrika zu befürworten, um so einen Wandel herbeizuführen.

In einer Rede zur Einweihung der Werksanlagen führte Buthelezi wörtlich aus:

„Die Schwarzen, unter denen ich wahrscheinlich die größte Wählerschaft hinter mir habe, die überhaupt ein politischer Führer in diesem Land wie außerhalb hat, haben mir bisher kein Mandat gegeben, den Abzug von Investitionen zu befürworten. Da ich mit verfassungsmäßiger Politik befaßt bin, kann ich kein Recht erkennen, den Abzug von Investitionen ohne ein Mandat von den Schwarzen selbst zu befürworten.“

Die Schwarzen wüßten die Sympathie jener zu schätzen, fuhr Buthelezi fort, die sich über ihre Lage im allgemeinen Sorge machten. Sie sähen jedoch ein, daß sie in Südafrika nicht nur nach politi-

scher Beteiligung strebten, sondern auch für wirtschaftliche Gerechtigkeit arbeiteten. „Wir haben keine Illusionen über die Tatsache, daß es noch eine ganze Zeit dauern wird, bis eine für die meisten Menschen Südafrikas annehmbare politische Ordnung gefunden ist. Solange wir für die Erzielung der Lösung kämpfen, akzeptieren wir für uns die Notwendigkeit, als Menschen zu überleben, bis der Kampf gewonnen ist.“

Buthelezi sagte weiter, viele Menschen träfen die Feststellung, Schwarze könnten keine Freiheit erreichen, ohne zu leiden. „Auf unbestimmte Zeit zu leiden, wie es unsere Brüder in Zimbabwe und Sambia in all diesen Jahren getan haben, nur um des Leidens willen, ohne bisher einen Lichtblick am anderen Ende des Tunnels, bringt kaum irgendeine Beruhigung. Das bedeutet nicht, daß wir nicht bereit wären zu leiden, wenn dieses Leiden einen Gewinn im Befreiungskampf brächte.“

Andersdenkende nicht unnötig verärgern – EKD gegen Südafrika-Boykott

Hannover: Die Kritik des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) an der Absicht der „Evangelischen Frauenarbeit“, durch die Boykottaktion „Kauft keine Früchte aus Südafrika“ Solidarität mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in der Republik Südafrika zu demonstrieren, ist von kirchenamtlicher Seite erneuert worden. Mit diesem „kirchlich und politisch anfechtbaren Mittel“ könnten „Andersdenkende ganz unnötigerweise verärgert“ werden und würde „der Sache selbst“ ein schlechter Dienst erwiesen, schreibt der Vizepräsident der EKD-Kanzlei in Hannover, D. Erwin Wilkens, in der neuesten Nummer der niedersächsischen „Evangelischen Zeitung“. Er rät nachdrücklich davon ab, „für das Ziel eines Dienstes an den Schwarzen und Farbigen in Südafrika einen vermeidbaren Streit in den eigenen Reihen in Kauf zu nehmen“.

Wilkens bestreitet nicht, daß es Situationen geben könne, „in denen ein gezielter Wirtschaftsboykott als hilfreich erscheinen mag“. Die Vorbehalte des Rates der EKD ergäben sich aber aus der „Frage, ob es der Kirche, ihrer Leitung, einer ihrer Einrichtungen gemäß ist, selbst ein politisches Kampfmittel zu entwickeln“. Hier liege vor allem deshalb eine „Grenzüberschreitung“ vor, weil die Kirche „keine Gruppe politisch übereinstimmender Gesinnungsfreunde“ sei und sich deshalb „jeder, der für die Kirche spricht, davor hüten (müsse), seine eigene subjektive Meinung als christlich notwendig zu vertreten“. Selbst nach der „üblich gewordenen Hereinnahme des politischen Wortes in den Gottesdienst“ gebe es weiterhin Grenzen für das, was kirchlich verkündigt werden müsse. „Ein Boykott gegen landwirtschaftliche Produkte gehört nicht dazu“, schreibt der Vizepräsident. Einleitend hatte er die Ablehnung des Rates bekräftigt, der Frauenarbeit für ihre Aktion Kirchensteuermittel zur Verfügung zu stellen.

Wichtiger Terminhinweis

EAK-Landesverband Hannover lädt ein

Hannover-Nienburg: Die diesjährige Landestagung des EAK-Landesverbandes Hannover findet am Freitag, dem 11. Mai um 16.00 Uhr in Nienburg/Weser statt.

Im Mittelpunkt der Landestagung steht neben den Neuwahlen zum EAK-Landesvorstand eine Podiumsveranstaltung unter dem Thema: „Gewissen und politisches Handeln“.

Die Leser der Evangelischen Verantwortung sind herzlich zu dieser Tagung eingeladen.

Tagungsprogramm und Einladung können Sie bei dem stellvertretenden Landesvorsitzenden, Herrn Hans-Adolf de Terra, MdB, Bonn, Bundeshaus anfordern.

Arbeitskreisergebnisse der EAK Bundestagung '79

Der EV, Ausgabe 1-2/79 war das genaue Programm der diesjährigen 23. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die in der Zeit vom 2. bis 4. März in Wuppertal unter dem Leitthema „Protestanten in der Union zu den Herausforderungen der Zeit“ stattfand, beigefügt.

Uns erreichen in diesen Tagen immer wieder Anforderungen nach den in Wuppertal gehaltenen Referaten. In Anbetracht der mit dem Versand verbundenen enormen Kosten bitten wir unsere Leser, bei ihrer Anfrage nach Möglichkeit nur um Zusendung jener Unterlagen zu bitten, die für sie besonders von Interesse sind, wobei Sie die näheren Angaben dem bereits oben erwähnten Programm entnehmen können.

Darüber hinaus bringen wir in dieser Ausgabe der EV die Berichtserstattung aus den vier Arbeits-

Arbeitskreis 1:

„Herausforderung der Zeit – Europa“

Leitung:

Prof. Dr. Roman Herzog,
Kultusminister, Stuttgart

Einführung:

Prälat Hans-Georg, Binder, Bonn

Gesprächsteilnehmer:

Dr. Philipp von Bismarck, MdB,
Schweinfurt/Niedersachsen
Gerd Lemmer, Remscheid
Sepp Schelz, Verlagsdirektor DAS,
Hamburg

Berichterstattung:

Dr. Karl Hillermeier, MdL,
Staatsminister der Justiz, München

Nach den einleitenden Worten von Prälat Binder kamen in verschiedenen Diskussionsrunden auf dem Podium und im Auditorium teilweise skeptische, überwiegend aber ermutigende Meinungen zum Ausdruck. Skepsis wurde laut bei der Frage, welche Kompetenzen das Europäische Parlament erhalten wird, welche Kandidaten aufge-

stellt werden sollen, welchen Einfluß die christlichen Parteien im Europäischen Parlament haben werden, welche Bereitschaft in der Bevölkerung zur Integration Europas besteht und wie sich diese auf die Wahlbeteiligung auswirkt. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß in einigen anderen EG-Ländern die Bereitschaft der Protestanten, sich mit europäischen Fragen zu befassen, gering sei. Einige Teilnehmer äußerten dabei die Befürchtung, daß die Direktwahl zum Europäischen Parlament die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen werde.

Ein Mitglied des Podiums rief dazu auf, die Vision von Europa aufrecht zu erhalten. Als Modell für Europa könne die wirtschaftlich starke, wehrhafte und förderale Schweiz herangezogen werden. Der Redner wies auch darauf hin, daß es unrealistisch sei, zu erwarten, daß tausend Jahre Trennung und drei schreckliche Kriege in einem Jahrhundert in wenigen Jahren überwunden werden könnten. Ganz im Gegenteil müsse vor diesem Hintergrund das bisher an Integration Erreichte nahezu als ein Wunder betrachtet werden.

Breiten Raum nahm die Diskussion ein, wie die Vision „Europa“ verwirklicht werden könne. Es wurde darauf hingewiesen, daß die europäische Gesinnung in der Bevölkerung intensiviert werden und die politische Moral des „Dienens“ zum Impuls der Integration werden müsse. Starken Anklang fand der Hinweis, daß die europäische Frage im wesentlichen eine psychologische Frage sei, dies insbesondere unter dem notwendigen Abbau vorhandener Vorurteile seitens unserer europäischen Nachbarn.

Von jungen Diskussteilnehmern wurde ausgeführt, daß gerade die Jugend ihre Chance und ihre Zukunft im Zusammenwachsen der europäischen Völker und Staaten sehe. Internationale Jugendgruppen, Sportbegegnungen und weitere Partnerschaften zwischen den europäischen Städten seien ein zusätzlicher Weg zur Einigung. Sprachbarrieren müßten abgebaut

und ein intensiver Redneraustausch unter den EG-Ländern zur Vorbereitung der ersten Direktwahl geschaffen werden.

Mit Nachdruck wurde betont, daß in der Geschichte noch jedes Parlament seine Rechte und Zuständigkeiten erkämpfen mußte, wobei es im übrigen im Anfangsstadium weniger darauf ankomme, welche Kompetenzen ein Parlament habe als vielmehr, wie die Kompetenzen von erfahrenen, angesehenen Politikern genutzt werden.

Das Auditorium befürwortet einhellig die Erweiterung der EG um die drei jungen europäischen Demokratien, Griechenland, Spanien und Portugal.

Einig waren sich alle Teilnehmer, daß die weitere Integration Europas eine Notwendigkeit sei, die anstehenden weltweiten Probleme des Nord-Süd-Gefälles, der Entwicklungshilfe, der Bedrohung aus dem Osten und der Wiedervereinigung Deutschlands in einem freien Europa anzugehen. Für die Bundesrepublik Deutschland gilt es darüber hinaus, die Schwierigkeiten bei der Integration der Gastarbeiterkinder abzubauen. Zurückgewiesen wurde in diesem Zusammenhang die Behauptung, die Bundesrepublik Deutschland sei der Zahlmeister Europas. Dies entspräche weder den wirtschaftlichen Realitäten noch den politischen Einsichten.

Einigkeit bestand auch darin, daß ein freies, der sozialen Marktwirtschaft verpflichtetes, antizönotisches Europa mit seiner kulturellen Vielfalt geschaffen werden müsse. Ein wesentlicher Beitrag könnten hierzu die Protestanten liefern, die der Freiheit des Einzelnen immer einen hohen Wert beigemessen haben. Ein Europa dieser Gestalt würde auch Hoffnung und Zuversicht für die Völker hinter dem eisernen Vorhang und in den Entwicklungsländern bedeuten.

Mit dem hoffnungsvollen Appell, daß Europa nur mit Geduld und Optimismus geschaffen werden könne, schloß die Diskussion. Das Motto der diesjährigen Woche der

Brüderlichkeit, nämlich „Toleranz“ könne ein positiver Anfang für Europa sein.

Arbeitskreis 2:

„Herausforderung der Zeit — Die Dritte Welt“

Leitung:
Dr. Peter Egen, Bonn

Einführung:
Dr. Volkmar Köhler, MdB, Wolfsburg

Gesprächsteilnehmer:
Prof. Dr. Dieter Oberndörfer, Freiburg

Dr. Klaus Poser, Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., Bonn

Dr. Erika Wolf, Bonn

Berichterstattung:
Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, Korschbroich

Im Arbeitskreis II wurden nach dem Einführungsreferat und den Gesprächsbeiträgen des Podiums in der anschließenden Diskussion folgende Tendenzen deutlich:

Die Bundesrepublik Deutschland und die evangelischen Kirchen haben seit mehr als 20 Jahren einen beachtlichen Beitrag zur Entwicklung der Länder der Dritten und Vierten Welt geleistet. Der überwiegende Teil der Bevölkerung befürwortet heute die Entwicklungspolitik. Trotzdem hat der ideelle und materielle Einsatz den Ausgleich des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen Industrie und Entwicklungsländern nicht bewirkt. Das Bewußtsein für Entwicklungspolitik als Weltinnen- und Weltsozialpolitik, das Gefühl für das gemeinsame Schicksal auf dem „Raumschiff Erde“ ist in den Hintergrund getreten.

Die Zukunft einer erfolgversprechenden Entwicklungspolitik erfordert daher zuerst, daß wir eine breite Übereinstimmung über den Sinn der Entwicklungshilfe, die den bedürftigen Ländern tatsächlich dient, wieder herbeiführen.

Die Errichtung internationaler Fonds, die die Umverteilung zwischen Industrie und Entwicklungsländern unter Ausschaltung des freien Welthandels zum beherrschenden Prinzip der Weltwirtschaft werden lassen, ist keine wirksame Entwicklungshilfe. Auch höhere Aufwendungen der Bundesrepublik Deutschland haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn der Grund-

satz der Zusammenarbeit zwischen unserem Land und den Entwicklungsländern stärker als bisher verwirklicht wird.

Wirksame Entwicklungshilfe ist nicht nur abhängig von höherem Geldeinsatz. Sie erfordert, daß die Menschen in den Entwicklungsländern am wirtschaftlichen Aufbau teilnehmen, in den Entwicklungsprozeß ihre eigenen kulturellen Traditionen und sozialen Werte einbringen und sich selbst wiederfinden. Eine uneingeschränkte Übernahme der westlichen Zivilisation können wir weder erwarten noch ist sie wünschenswert. Allerdings darf Entwicklungspolitik nicht darauf verzichten, der Durchsetzung der Menschenrechte und der Vermehrung sozialer Gerechtigkeit zu dienen, wo immer diese verletzt werden. Demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse, mögen sie auch erst am Ende einer langen Entwicklung zu verwirklichen sein, müssen schließlich überall erreicht werden. Die Freiheit des Menschen von politischer, rassistischer und religiöser Unterdrückung ist auch in der Entwicklungspolitik der Ausdruck des christlichen Verständnisses von Menschenwürde.

Die Menschen in der Bundesrepublik müssen begreifen, daß Entwicklungspolitik nicht die Abgabe überflüssigen Reichtums ist und sich nicht auf die Lösung wirtschaftlicher Probleme beschränken darf. Die Begegnung mit den Völkern der Entwicklungsländer, ihren kulturellen und geistigen Traditionen wird zu einer geistigen Herausforderung auch für uns werden. Wenn am Ende einer die ganze Welt umfassenden Entwicklung eine Gesellschaft steht, in der die Vielfalt der geistigen Traditionen und kulturellen Lebensweisen erhalten bleibt, werden christlicher Glaube und westliche Kulturtradition ihren Standort nur behaupten, wenn sich der christliche Geist der Nächstenliebe in der Partnerschaft mit den Menschen in den Entwicklungsländern bewährt hat.

Auf diesem schwierigen Wege können einzelne kirchliche Hilfsmaßnahmen ebenso hoffungsvolle Beispiele geben, wie Aktionen des Staates. In einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland, in dem das Besitzstandsdenken immer übermächtiger zu werden droht und Anzeichen der Resignation in der Entwicklungspolitik

überwunden werden müssen, fällt der CDU/CSU eine wesentliche Führungsaufgabe zu. Dabei wird folgendes zu berücksichtigen sein:

1. ein höherer Einsatz öffentlicher Mittel in der Entwicklungshilfe erfordert neue Prioritäten in den öffentlichen Haushalten;

2. ein höheres Maß an Opfer- und Dienstbereitschaft in der Bevölkerung verlangt eine entsprechende Erziehung und Information in den Schulen mit dem Ziel, Kenntnisse und Verständnis für geschichtliche und geographische Zusammenhänge zu vermitteln;

3. die Massenmedien müssen stärker als bisher objektive Informationen über das Verhältnis von Industrie zu Entwicklungsländern vermitteln, um der sich abzeichnenden Provinzialisierung der politischen Vorstellungen entgegenzutreten.

Die evangelischen Kirchen werden zu bedenken haben, ob die einseitige Parteinahme für sogenannte Befreiungsbewegungen, die auch von der Anwendung des Terrors selbst gegen völlig Unbeteiligte nicht zurückschrecken, dem Verständnis für die Entwicklungsländer nicht mehr schadet als nützt. Die Unterstützung einer Befreiungsbewegung muß der Gewissensentscheidung des einzelnen überlassen bleiben. Die Förderung einer Bewegung, die ein Unrechtssystem nur durch ein anders ersetzen will, muß uneingeschränkt abgelehnt werden.

Arbeitskreis 3:

„Herausforderung der Zeit — Der Marxismus“

Leitung:
Prof. Dr. Erich Thies, Heidelberg

Einführung:
Dr. Walther Bienert, Pfarrer i. R., Köln

Gesprächsteilnehmer:
Günther Beckstein, MdL, Rechtsanwalt, Nürnberg

Dr. Gerhard Bergmann, Pfarrer, Halver
Paul Rieger, Dekan, Würzburg

Berichterstattung:
Peter von der Heydt, MdB, Köln

Der Arbeitskreis III beschäftigte sich mit den Herausforderungen, die uns der Marxismus heute beschert. 180 Teilnehmer hörten zu-

nächst das Einführungsreferat von Pfarrer Walter Bienert aus Köln, der in zehn Punkten nüchtern ent-schlüsselte, warum diese veraltete Ideologie, die in der Praxis immer nur gescheitert und durch Gewalt-herrschaft und subversive Wühl-arbeit diskreditiert ist, immer noch gefährlich, aggressiv und für junge Leute faszinierend ist.

1. Die bequem zu handhabende Denkmethode der Dialektik verleiht dem Marxisten eine scheinbare Argu-mentationsüberlegenheit, mit der er alles beweisen und alles leugnen zu können glaubt.

2. Der philosophische Atheismus – „das menschliche Selbstbewußt- sein ist die oberste Gottheit“ – gibt ein verführerisches Scheingefühl der Stärke.

3. Der historische Materialismus simplifiziert das gesamte Geistes- leben zu einer Funktion der wirt- schaftlichen Verhältnisse. Alles kann der Marxist angeblich über die Eigentumsverhältnisse und den Klassenkampf verstehen.

4. Die Bezeichnung des Marxis- mus, der in Wahrheit Überzeugung, Weltanschauung, Religionsersatz ist, als Wissenschaft verleiht den marxistischen Argumenten zusätz- lich Prestige.

5. Die behauptete Unaufhaltsam- keit des Kommunismus verschafft seinen Anhängern das Gefühl, auf der Seite der Sieger zu sein.

6. Die Abschaffung der Moral be- ruhigt zunächst das Gewissen.

7. Die Fiktion von der „Selbst- verwirklichung“ streichelt das not- leidende Ego.

8. Das verbale, soziale Engage- ment kommt dem Bedürfnis der Ju- gend nach Idealismus entgegen.

9. Die engagierte Zukunftsschau befriedigt ein ähnliches Bedürfnis nach Fortschrittglauben.

10. Die Machtentfaltung des Kommunismus heute trägt dazu bei, dem Vertrauensverlust für den Mar- xismus in dessen eigenem Bereich die Faszination der noch Unerfah- renen entgegenzustellen.

Christen stellen dem Marxismus die Mannigfaltigkeit der Freiheit, den Realismus des biblischen Men- schenbildes, die eigene soziale Verantwortung, die brüderliche Auf- klärung und das Zeugnis des eige- nen Glaubens gegenüber.

Die Podiumsteilnehmer eröffne- ten sodann eine außerordentlich lebendige Diskussion, an der sich viele Teilnehmer engagiert und sachkundig beteiligten.

Was können, was müssen wir tun?

Das war die Frage, auf die immer wieder neue Antworten angeboten wurden. Intellektuelle Argumente, pädagogische Hinweise, Zeugnisse des Glaubens, Warnungen vor Gleichgültigkeit, Aufforderungen zum persönlichen engagierten Mut und Erfahrungen aus eigenem Er- leben wurden ausgetauscht.

Am Ende der Diskussion war so- viel klar – und Erich Thies faßte es etwa so zusammen –:

Es müssen alle Mittel des Geis- tes und der Seele eingesetzt wer- den, um den Irrtümern marxisti- schen Denkens und Fühlens ent- gegenzutreten.

Die Irrlehre der angeblichen Ge- setzmäßigkeit, Zwangsläufigkeit und Logik kann und muß mit geis- tigen Argumenten entzaubert wer- den.

Dem Irrglauben an die marxisti- sche Heilslehre ist der christliche Glaube gegenüberzustellen, der vor dem Marxismus da war und ihn auch überleben wird.

Blindem übereifrigen Sozialenga- gement ist der Sinn für das Ge- meinwohl, Verpflichtung zur Chan- cengleichheit und soziale Verant- wortung entgegenzusetzen.

Doktrinäre Einflüsse müssen bekämpft werden, wo immer sie in Er- scheinung treten. Politische Ausein- andersetzung ist stets rational, ver- nünftig zu führen, ohne infernaln Messianismus.

Eltern, Lehrer, Hochschullehrer, Unternehmer, Politiker, wir alle ste- hen in der Pflicht, ein glaubwürdi- ges Ethos vorzuleben.

Der Evangelische Arbeitskreis darf niemanden allein lassen, der sich diesen Pflichten stellt.

Arbeitskreis 4:

„Herausforderung der Zeit – Der Religionsunterricht“

Leitung:

Friedrich Vogel, MdB, Warendorf

Einführung:

Grete Schneider, Religionslehrerin, Mitglied des Rates der EKD, Münster

Gesprächsteilnehmer:

Henje Becker, Oberlandeskirchenrat, Wolfenbüttel

Prof. Dr. Dieter Bierlein, Regensburg
Rüdiger Hauth, Pfarrer, Witten

Berichterstattung:

Dr. Horst Waffenschmidt, MdB, Waldbröl

Auf der Grundlage des einführen- den Referates von Frau Grete Schneider, Religionslehrerin und Mitglied des Rates der EKD, fand in diesem Arbeitskreis, der von über 150 Teilnehmern besucht war, eine sehr intensive und engagierte Diskussion statt. Das Ergebnis der Beratungen kann in folgenden Punkten zusammengefaßt werden:

1. Die Möglichkeit des Religions- unterrichts an unseren Schulen ist eine große Chance, den jungen Menschen eine Orientierung für ihr Leben zu geben. Diese Möglichkeit wird dann nicht wahrgenommen, wenn der Religionsunterricht zur reinen Gesellschaftslehre umgestal- tet wird.

Religionsunterricht versagt, wenn er zum Beispiel hauptsächlich über soziale Ungerechtigkeiten west- licher Gesellschaftssysteme, Um- weltschutz oder versiegende Roh- stoffquellen handelt und damit eine Zweitauflage der Sozialkunde lie- fert.

So werden Schüler religiöse An- alphabeten.

2. Religionsunterricht soll Wissen über den evangelischen Glauben und über andere Religionen vermit- teln. Er muß wieder mehr helfen, daß die Schüler die Bibel wirklich kennenlernen. Es reicht nicht aus, nur wenige Geschichten aus der Bibel zu vermitteln, die dann auf soziale Konfliktfälle bezogen wer- den.

Die meisten Teilnehmer waren auch der Ansicht, daß im Religions- unterricht vielerorts wieder mehr das Evangelium als Lebensgrund- lage und das Gebet als wichtiges Element des Glaubens bezeugt werden sollten.

Mehrere Diskussionsteilnehmer berichteten anhand eigener Erfah- rungen aus dem Religionsunter- richt: Viele Schüler suchen etwas, an dem sie sich für ihr Leben fest- halten können!

Mehrfach wurde die Erfahrung ausgesprochen, daß dort, wo leben- diger, christlicher Glaube fehlt, kein Vakuum bleibt. Wo christlicher

Glaube keine Orientierung geben kann, ergreifen leicht Ideologien und Jugendreligionen Besitz von den Herzen junger Menschen.

3. Wir richten die Bitte an die Evangelische Kirche, die Verantwortung für den Religionsunterricht verstärkt wahrzunehmen. Religionslehrer brauchen oft noch mehr Ermutigung und Hilfe, den manchmal schweren Dienst wahrzunehmen.

Alle, die Verantwortung für Schulbücher tragen, werden dringend gebeten, für solche Schulbücher zu sorgen, die der geistigen und geistlichen Aufgabe des Religionsunterrichts gerecht werden. Religionsbücher dürfen nicht zu einseitigen Mitteln politischer und gesellschaftlicher Konfliktstrategie werden.

Der Religionslehrer soll nicht zum reinen Organisator von Lernprozessen degradiert werden. Es muß Raum zum persönlichen Zeugnis und zum eingehenden persönlichen Gespräch zwischen Lehrer und Schüler verbleiben.

4. Religionsunterricht bedarf auch der nachdrücklichen und glaubwür-

digen Unterstützung durch das Elternhaus und die Familie. Dazu gehört, daß in Staat und Gesellschaft die Erziehungskraft der Familie gestärkt wird. Mit Entscheidung müssen alle Initiativen zurückgewiesen werden, die Bedeutung und Aufgaben der Familie für die Erziehung offen oder indirekt abbauen wollen.

CDU und CSU sind aufgefordert, bei den anstehenden Gesetzen zur elterlichen Sorge und zur Jugendhilfe im Bundestag und im Bundesrat ein klares „nein“ zu sagen zu allen Vorschlägen, die auf eine schleichende Verstaatlichung der Familie und der Eltern-Kind-Beziehungen hinauslaufen und einen umfassenden staatlichen Erziehungsanspruch begründen wollen.

5. Wir bitten den Staat, alle Schulträger und die Eltern nachdrücklich dafür einzutreten, daß Religionsunterricht auch tatsächlich erteilt wird. Anhand mehrerer Beispiele wurde berichtet, daß vielerorts Religionsunterricht im großen Umfang ausfällt.

Alle Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft müssen wissen, daß Religionsunterricht in entscheidender Weise dazu beitragen kann und muß, daß das Bekenntnis zu den Grundwerten des Zusammenlebens in unserem Land lebendig bleibt. Damit muß auch ein entscheidender Beitrag zum demokratischen Grundkonsens in unserem Staat geleistet werden.

6. Nachdrücklich wurde begrüßt, daß der Evangelische Arbeitskreis der Unionsparteien die Diskussion über die Bedeutung und die Aufgabe des Religionsunterrichts in unseren Schulen aufgenommen hat. Es bleibt Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises, auch über diese Tagung hinaus diese Thematik weiter intensiv zu bearbeiten.

Der Religionsunterricht in unseren Schulen braucht unser aller Aufmerksamkeit und Unterstützung und auch unsere Gebete für diese Arbeit; denn der Religionsunterricht in unseren Schulen ist in wesentlichen Bereichen entscheidend für die kommende Generation und die Zukunft unseres Landes!

Leser-Brief

Die hier geäußerte Meinung braucht nicht mit der Ansicht des Herausgebers oder der Redaktion übereinzustimmen.

Erlebnisse eines Presbyters in seiner Kirchengemeinde:

Nun bin ich seit kurzem Presbyter in der evangelischen Thomas-Kirchengemeinde zu Düsseldorf, in der ich schon getauft und konfirmiert wurde und muß einige Dinge miterleben, die mich auf das Tiefste bestürzen.

Die Thomaskirche ist zwar bekannt, daß sie sich überdurchschnittlich und manchmal wegweisend im sozialen Bereich engagiert. Jedoch mußte ich während meiner ersten Presbyteriums-sitzung feststellen, daß in meiner Gemeinde Kräfte am Werke sind, die den Sonderfonds des Antirassismusprogramms des Oekumenischen Rates der

Kirchen durch finanzielle Spenden unterstützen wollen. — Jedermann weiß, daß durch diesen Sonderfonds militante Befreiungsorganisationen, wie die SWAPO und Patriotische Front im südlichen Afrika Hilfe erhalten.

Meine Befremdung über diese geplante Spendenaktion wurde noch dadurch verstärkt, daß mir während einer Arbeitssitzung der Verantwortlichen in der Jugendarbeit in meiner Gemeinde — ich studiere Sozialpädagogik und mache in den Semesterferien ein Praktikum in der Thomas-Kirchengemeinde — zu diesem Thema „Sonderfonds des Antirassismusprogramms“ gesagt wurde, „daß wir Christen die verdammte Pflicht und Schuldigkeit hätten, diese Befreiungsorganisationen (SWAPO, Patriotische Front) zu unterstützen. Auch wenn von den gespendeten Geldern Waffen und Munition gekauft würden, wäre es für eine gute Sache, denn nur so könnten endlich die Rassisten und Kapitalisten in Südafrika und Namibia bekämpft werden.“

Man kann sich vorstellen, welche Verständigungsprobleme ich bei dieser Argumentation meiner Kollegen hatte. Wie können aktive Christen — denn bei dieser Besprechung war auch der Jugendpfarrer anwesend, der auch das oben Geäußerte unterstrich — auf der einen Seite Menschlichkeit, Humanis-

mus, Gerechtigkeit und Solidarität predigen und auf der anderen Seite sich selber mitschuldig machen an Morden, die mit ihrer Hilfe im südlichen Afrika begangen werden.

Deshalb kann ich nur dazu aufrufen:

Christen, die aktiv für ihre Überzeugung und ihren Glauben eintreten, stellt Euch gegen diese Tendenz in der Evangelischen Kirche, die uns unglaublich macht.

Ich kann viele Gemeindemitglieder aus meiner Gemeinde verstehen, die mich auf diese Fakten hin ansprachen, weil sie diese in „Der Weg“ und in der weltlichen Presse gelesen haben, und mir versicherten, sie wollten bei solch einer Entwicklung in Teilen der Ev. Kirche nicht länger Mitglied in der Gemeinde sein.

Es ist wirklich schade, was da Evangelische Gemeinden mit solchen Aktionen anrichten können.

Sehr verehrte Leser, lassen Sie mich Sie alle bitten, stellen Sie sich gegen diese unverständliche Tendenzen in Gemeinden der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Stefan Hornig
Brehmstraße 37
4000 Düsseldorf 1

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementpreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

Kurz notiert

Amnesty interveniert für Protestanten in der UdSSR

Zürich: Die Schweizer Sektion von amnesty international hat die Beschränkung der Gewissens- und Religionsfreiheit in der Sowjetunion kritisiert. In Briefen an Staats- und Parteichef Leonid Breschnew fordert die Gefangenhilfsorganisation die Freilassung von 23 Baptisten, Siebente-Tags-Adventisten und Mitgliedern von Pfingstgemeinden. Nach Angaben von amnesty werden in der Sowjetunion Angehörige von protestantischen Minderheiten zu Haftstrafen bis zu fünf Jahren verurteilt. Die häufigsten Anklagepunkte lauten auf „Durchführung

illegaler Gottesdienste“, „geistige und körperliche Schädigung von Bürgern als Folge von Aberglaube“, „Erteilen von Religionsunterricht an Kinder, die nicht zur eigenen Familie gehören“ und „Anstiftung zur Verweigerung von sozialen Pflichten.“

Das Dekret über religiöse Vereinigungen schränke die in der Verfassung der UdSSR enthaltene Gewissens- und Religionsfreiheit stark ein. So müßten sich religiöse Gemeinschaften beim staatlichen Rat für religiöse Angelegenheiten registrieren lassen, bevor sie irgendwelche Aktivitäten entfalten können. Doch dürften sie nach den staatlichen Religionsbestimmungen nur

in vom Staat zugewiesenen Räumen Gottesdienste durchführen.

Verboten sei der Aufbau von Literaturzirkeln, Handarbeitskursen, Kindergärten, Bibliotheken, Leseräumen und medizinischen Hilfsstellen. Glaubensgemeinschaften, die nicht gewillt sind, sich diesen staatlichen Beschränkungen der Gewissens- und Religionsfreiheit zu unterziehen, würden nicht registriert und seien in den Augen der Behörden illegale Vereinigungen. Amnesty schätzt die Zahl der Baptisten, der Angehörigen der Pfingstgemeinde und der Adventisten, die nicht registrierten Gemeinschaften angehören, auf mehrere Hunderttausend.

Evangelische Verantwortung für Österreich

2. Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der Österreichischen Volkspartei

Thema:

Hoffnung Stadt

Termin und Ort:

25. und 26. Mai 1979 in Perchtoldsdorf, Herzogsburg

Hauptreferate: Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Dantine und Stadtrat Dr. Jörg Maathe

- Arbeitsgruppen:
- 1 **Kirche in der Stadt** – Die integrative Funktion der Gemeinde
 - 2 **Konkrete Hoffnung** – Praktische Hilfe für den Nächsten
 - 3 **Stadt ohne Nachbarschaft?** – Von der Anonymität zur Verantwortung
 - 4 **Die Stadt – Herausforderung für den Geist** – Kreativität im urbanen Raum

Nähere Informationen und Anmeldung: Geschäftsstelle des EAK der Österreichischen Volkspartei
1010 Wien, Kärntnerstraße 51